

NZZ am Sonntag

Ärztstopp

Ein politischer Schnellschuss mit Kostenfolge für alle

Der Nationalrat hat am Freitag die Verlängerung des Zulassungsstopps für ausländische Spezialärzte versenkt. Der - wenn auch mit 97 zu 96 Stimmen hauchdünne - Beschluss war eine Machtdemonstration von FDP und SVP. Die beiden Parteien haben zwar recht, wenn sie feststellen, dass den steigenden Gesundheitskosten längerfristig mit dem doch recht kruden Mittel eines staatlich verordneten Berufsverbotes für ausländische Spezialärzte nur schlecht beizukommen ist. Marktwirtschaftlichere Lösungen wären dem vorzuziehen. Anzusetzen wäre bei den Ärzdetarifen oder beim heute bestehenden Zwang der Krankenkassen, mit allen Ärzten abzurechnen. Nur: Eine solche Reform ist heute noch nicht einmal in Ansätzen greifbar. Und sollte sie dank den neuen Mehrheiten im Parlament dereinst beschlossen werden, bleibt das Risiko eines Scheiterns dennoch enorm. Das Volk hat in den letzten Jahren noch jede Reform in der Gesundheitspolitik abgelehnt. Sicher ist dagegen: Ab Sommer werden ausländische Spezialärzte sofort wieder Praxen in der Schweiz eröffnen dürfen. Die Gesundheitskosten werden steigen. Der Nationalrat, zuvor erst SVP und FDP, steht deshalb in der Pflicht, jetzt rasch ein mehrheitsfähiges Paket vorzulegen. Sonst wird die Rechnung für das Husarenstück vom Freitag gesalzen ausfallen. Auch politisch. (pho.)

Axpo

Politiker gehören nicht an das Steuer von Energiekonzernen

Der Energiemarkt ist im Umbruch. Wenn Schweizer Politiker weiterhin Planwirtschaft betreiben, kann das nur schiefgehen. Das zeigt der Energiekonzern Axpo, der den Nordostschweizer Kantonen gehört. Zum zweiten Mal in Folge weist dieser nach Wertberichtigungen fast eine Milliarde Franken Verlust aus. Weil es zu viel Strom gibt, ist dessen Preis eingebrochen und wird wohl noch lange tief bleiben. Die Kantonspolitiker im Axpo-Verwaltungsrat und der ehemalige Konzernchef Heinz Karrer sahen diese Entwicklung nicht voraus und tätigten in den vergangenen Jahren Fehlinvestitionen in Milliardenhöhe: Das Pumpspeicherwerk Linth-Limmern etwa wird noch lange nicht rentieren. Die zwei Altkernreaktoren in Beznau wurden für 700 Millionen Franken aufgerüstet. Selbst wenn beide wieder ans Netz gehen, ist umstritten, ob ein rentabler Betrieb noch möglich ist. Axpo wird noch Jahre von der Substanz leben. Die Gefahr besteht, dass die Kantone, sprich die Steuerzahler, Kapital nachschüssen müssen. Zu lange achteten Politiker nur auf hohe Dividenden und attraktive Posten im Verwaltungsrat. Doch Planwirtschaft hat in einem dynamischen, dezentralen Markt keine Zukunft. Axpo sollte rasch privatisiert werden. (mtz.)

Syrien

Ein Hoffnungsschimmer

Der Uno-Sicherheitsrat hat einem Plan zur Beendigung des Syrien-Konflikts zugestimmt, und zwar - was bemerkenswert ist - einstimmig. Die Resolution klammert die Zukunft des Diktators al-Asad aus. Aber die Einsicht scheint sich durchzusetzen, dass man dem Blutvergiessen sofort ein Ende setzen muss. Dass die Resolution vom Freitag die Basis für eine dauerhafte politische Lösung des Konflikts und für ein funktionierendes staatliches Gebilde darstellt, ist nicht garantiert. Aber ein Waffenstillstand könnte immerhin den Flüchtlingsstrom beenden. Ein Anfang ist gemacht. Russland und die USA sind nun trotz grossen inhaltlichen Differenzen gemeinsam auf der Suche nach einer Lösung. Das ist ein Hoffnungsschimmer. (fem.)

Chappatte



Der externe Standpunkt

Wer weiter gute Schulen will, darf die Klassen nicht vergrössern

Die Schülerzahl pro Klasse zu erhöhen, erscheint vielen Politikern als elegante Sparmöglichkeit. Das ist ein gefährlicher Irrtum, der unser Bildungssystem gefährdet, meint Jürg Brühlmann

Im Arbeitsalltag von Lehrerinnen und Lehrern führt jedes zusätzliche Kind in einer Klasse zu deutlich mehr Aufwand, etwa für Korrekturen, Lernberatungen, Elterngespräche, Zeugnisse oder Absprachen im Team. Weil die zur Verfügung stehende Zeit für diese Tätigkeiten aber limitiert ist, müssen die Zeitressourcen auf mehr Kinder verteilt werden. Die Konsequenz ist einfach: Es gibt dann weniger Aufmerksamkeit, Beziehungsangebote und persönliche Betreuungszeit pro Kind. Die Jahresarbeitszeiten für Lehrerinnen und Lehrer liegen heute bei 2000 Stunden und in vielen Fällen weit darüber. Davon sind etwa 85 Prozent für Unterricht und Vorbereitung reserviert. Wenn Klassengrößen erhöht werden, wird auch die bereits knappe Zeit für Elterngespräche oder Teamabsprachen zur Förderung von Kindern weiter geschmälert.

Nicht umsonst stellt die Klassengrösse für Lehrpersonen einen der stärksten Belastungsfaktoren dar. Mit jedem Kind und jedem Jugendlichen mehr steigt die Interaktionsdichte und die Komplexität der Klassenführung. Das Potenzial an Krisen und Konflikten mit hohen zeitlichen und emotionalen Aufwänden nimmt zu. Und gerade mit schwierig zu führenden Kindern und Jugendlichen sowie mit der Integration von Kindern mit besonderem Förderungsbedarf macht es einen Unterschied, ob 20 oder 25 Kinder in der Klasse sitzen. Nach oben ausgereizte, grosse Klassen sind in Städten und an grossen Schulen häufiger. Kleine oder sehr unterschiedlich grosse Klassen kennen wir vor allem an abgelegenen Orten, wo Schulen ein Standortfaktor sind. Sie drücken den Schweizer Durchschnitt auf knapp 20 Schülerinnen und Schüler pro Klasse.

Nichts ist unbefriedigender als eine Arbeit, bei der man das Gefühl hat, man könne bei bester Motivation und Leistung nicht das bringen, was erforderlich wäre. Dieses Gefühl des Ungnügens fördert Stresssymptome und inneren Rückzug sowie langwierige Krankheiten mit hohen Kosten.

Kinder und Jugendliche brauchen aber belastbare und motivierte Menschen.

Dies führt zum zweiten Punkt: Berufe mit voraussehbaren strukturellen Überbelastungen, relativ gesehen sinkenden Löhnen und unzureichenden Aussichten auf berufliche Entwicklungsmöglichkeiten haben ein Problem, gute Fachpersonen zu gewinnen und zu halten. Der Lehrerberuf ist heute, wie viele Beziehungsberufe, ein Frauenberuf geworden, dies hat kürzlich auch das Bundesgericht festgestellt. Die Ausbeutung der psychischen Gesundheit wird bis ans Limit getrieben. Man steigt rasch wieder aus, macht unbezahlte Urlaube oder reduziert das Pensum. Viele Lehrpersonen arbeiten teils zeitlich, um sich zu schützen. Dies führt zu einem frühen Verlust von teuer ausgebildeten Berufspersonen.

Die Erwartungen an die Schulen sind mit den Leistungstests extrem hoch geworden: Die FDP forderte 2014 für unser Land «das beste Bildungssystem der Welt». Und die

Bildungsforschung ist sich da einig: Entscheidend für die Qualität des Unterrichts sind gute Lehrerinnen und Lehrer. Wenn die Arbeitsbedingungen verschlechtert werden - und dazu gehören nebst den Löhnen klar auch die Klassengrößen -, dann nimmt man in Kauf, dass die Schulqualität abnimmt. Davor warnt unterdessen sogar die Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD). Und wenn, so wie jüngst im «Schweizer Bauern», die hohen Lehrerlöhne im Vergleich zum Ausland moniert werden, geht der Schuss ins Leere: Auch die Schweizer Bauern haben im Ländervergleich hohe Löhne.

Unterdessen sind die Schülerzahlen vielerorts wieder am Steigen. Flüchtlinge werden an den Schulen placiert. Die Integration von Kindern und Jugendlichen mit geistigen, psychischen und körperlichen Behinderungen oder mit Verhaltensauffälligkeiten ist bald umgesetzt. Trotzdem wird der Aufwand für die Schulen heruntergefahren: Kantone, Gemeinden und Bund wollen über eine Milliarde Franken pro Jahr weniger ausgeben. Für Volksschulen wird pro Kind bereits heute real vielerorts weniger ausgegeben als vor einigen Jahren. Der Steuerwettbewerb fordert seinen Tribut: Es gibt weniger Geld für Lager und Exkursionen, Halbklassenunterricht in Sprachfächern und Werken wird gestrichen, Deutsch für Zweitsprachige wird reduziert, die Klassengrösse wird erhöht, vermeintlich ohne Folgen.

Das Argument, in den neunziger Jahren sei es auch gegangen und nicht schlechter gewesen, ist falsch: Auch an Schulen wird heute - wie an anderen Arbeitsplätzen - immer mehr verlangt. Die separativen Kleinklassen wurden vielerorts geschlossen. Lehrerinnen und Lehrer haben heute anspruchsvolle, heterogene Lerngruppen zu führen. Die zur Verfügung stehende Zeit wurde nicht erhöht. Da kommt es dann darauf an, ob ein Kind mehr oder weniger da ist. Wer die Qualität der Schweizer Schulen halten will, darf die Klassen nicht vergrössern.

Jürg Brühlmann



Jürg Brühlmann, 61, leitet die Pädagogische Arbeitsstelle des Dachverbands Schweizer Lehrerinnen und Lehrer LCH. Er war selber Primar-, Sekundar- und Sonderklassenlehrer. Nach diversen Studien arbeitete Brühlmann zunächst in der Lehrerbildung und Schulberatung und realisierte in diesem Bereich verschiedene grössere Projekte.